

Zum 8. Jahrestag des Putsches:

**AUFRUF
ZUM
INTERNATIONALEN
TRIBUNAL
GEGEN
DAS REGIME
IN DER TÜRKEI**

Am 9.-10.-11. September 1988

Ort wird noch bekannt gegeben

*Kontaktadresse: Türkei Informationsbüro, c/o. R. Öncan
Postfach 91 08 43, D - 3000 Hannover 91
Tel.: 0511-210 20 07*

Wir brauchen dringend Spenden:

Sabine Haselbring

*Konto Nr.: 15261 620, BLZ: 250 501 80
Stadtsparkasse Hannover, Sonderkonto "TRIBUNAL"*

Am 12. September 1980 haben die Generäle in der Türkei geputscht und ein Regime der Unterdrückung und des Terrors errichtet:

- Alle linken und demokratischen Organisationen sowie Gewerkschaften (DISK, TÖB-DER etc.) wurden verboten und zerschlagen. Deren Führer und Mitglieder wurden Opfer einer breit angelegten Verhaftungs- und Verfolgungswelle.
- Alle demokratischen Rechte und Freiheiten wurden abgeschafft, die minimalsten Menschenrechte mit Füßen getreten. Die Erlasse sowie jedes ausgesprochene Wort der Generäle erhielten Gesetzeskraft.
- Tausende von Menschen wurden in Gefängnisse eingekerkert und gefoltert. Massenprozesse vor Militärgerichten, in denen z.T. über 800 Menschen angeklagt wurden und werden, vervollständigen dieses Bild.
- 1982 krönte dann eine neue Verfassung der Generäle das auf der Basis von institutionalisierter Menschenrechtsverletzung mit staatlicher Gewalt errichtete Regime.
- Das gesamte kurdische Volk wurde Opfer eines Angriffs- und Vernichtungskrieges des Regimes. Ganze Dörfer und Siedlungsgebiete der Kurden wurden zwangsumgesiedelt, mehrere militärische Operationen und Überfälle jenseits der Grenzen der Türkei auf Irakischem Territorium gegen die dort lebenden Kurden durchgeführt...
- Die Repressionen des Regimes gegen die Frauen haben besondere Formen angenommen; alle demokratischen Frauenvereinigungen wurden verboten, die Frauen wurden Folterungen unterzogen, die die Würde der Frau verletzen; jeder emanzipatorische Ansatz wurde und wird unterdrückt.
- Das Regime der Generäle wurde durch die Errichtung von Institutionen (Hochschulrat, Hohes Schiedsgericht, Staatskontrollrat, Staatssicherheitsgerichte etc...) zur Kontrolle verschiedener Bereiche des gesellschaftlichen Lebens institutionalisiert. All diese Institutionen stehen nicht unter der Kontrolle des Parlaments und der Regierung, sodaß die Demokratisierungs-